

Protokoll Fachausschuss Planung und Entwicklung

BSZ-Außenstelle Stuttgart, Mittwoch, den 11.5.2011, 12:00 Uhr – 15:30 Uhr.

Marianne Dörr, Universitätsbibliothek Tübingen (Vorsitz)

Gerald Maier, Landesarchiv Baden-Württemberg

Stephan Abele, Württembergische Landesbibliothek

Michael Mönnich, KIT,

Guido Hölting, KIZ Ulm,

Volker Conradt, Bibliotheksservice-Zentrum Baden-Württemberg

Christof Mainberger, Bibliotheksservice-Zentrum Baden-Württemberg (Protokoll)

entschuldigt:

Matthias Schulze, Universitätsbibliothek Stuttgart

Leonard Maylein, Universitätsbibliothek Heidelberg

Frau Dörr begrüßt die Mitglieder des Fachausschusses. Gemäß dem Auftrag des Kuratoriums an die Fachausschüsse stehen die Diskussion des Berichts des Wissenschaftsrats zur Evaluation der Bibliotheksverbände sowie, davon ausgehend, die Identifizierung zukünftiger Handlungsoptionen und Themenfelder des BSZ im Vordergrund der Sitzung. Zur Vorbereitung hatten die Vorsitzenden der Fachausschüsse und das BSZ in einer Telefonkonferenz eine mögliche Arbeitsteilung der Fachausschüsse überlegt.

Zunächst eröffnet Frau Dörr die offene Diskussion zu den Papieren des Wissenschaftsrats sowie der DFG, das parallel erstellt wurde und das, wie Herr Hölting bemerkt, prägnanter formuliert ist.

Die Mitglieder hatten neben den Evaluationspapieren auch eine aktuelle Fassung des Programmbudgets des BSZ erhalten, aus dem die aktuelle Gewichtung bzw. das Verhältnis der einzelnen Produkte des BSZ hervorgeht.

Folgende Punkte werden von Ausschussmitgliedern aus den Evaluationspapieren herausgegriffen:

Der Wissenschaftsrat übt Kritik an den Bibliotheksverbänden. Gefordert wird eine Reduzierung der Zahl der Verbände, da Redundanzen unter den Verbundzentralen den Spielraum für Innovation einschränken. Der hohe Anteil an Katalogisierungsbezogenen Tätigkeiten wird kritisiert. Ein Transformationsprozess sollte eingeleitet werden, was die Frage aufwirft, welche Initiativen zu ergreifen sind. Wichtiger Moment sei dabei die Sichtweise der Wissenschaftler. Als Zukunftsfelder werden in den Papieren u.a. Virtuelle Forschungsumgebungen, elektronisches Publizieren sowie Forschungsdaten genannt.

Die Mitglieder fragen nach der Position des BSZ zu den Papieren.

Herr Conradt antwortet, dass die Endnutzer-orientierte Betrachtung nach Auffassung der Bibliotheksverbände deren Aufgaben nicht gerecht würde und mittlerweile auch vom Wissenschaftsrat revidiert worden sei. Herr Mainberger verdeutlicht dazu die Auffassung des BSZ, dass es bis auf Ausnahmen nur vermittelt durch Bibliotheken und Museen für Endnutzer tätig wird. Für Endnutzer sei der Verbund so anonym wie z.B. Google; interessant seien der eigenen lokalen Einrichtung zuordenbare Dienste. Eine Endnutzer-orientierte Initiative würde diesem Prinzip widersprechen.

Eine einheitliche Position zur Evaluation sei von den Verbundzentralen noch nicht erarbeitet worden. Das BSZ entspräche aber durch die Unterscheidung zwischen Basis- und Zusatzdiensten, wie sie das Programmbudget des BSZ trifft, den strukturellen Vorstellungen des Wissenschaftsrats.

Die geplante Diskussion der Zukunft des Verbundsystems, die im Fachausschuss Dienste geführt werden wird, sei auf diesem Hintergrund sehr wichtig. Insbesondere müssen Vorbereitungen für

Projektförderungen getroffen werden, die von Wissenschaftsrat und DFG anvisiert werden (vermutlich ist eine größere Ausschreibung zu erwarten, evtl. analog der Ausschreibung für Leistungszentren für Forschungsinformation, die auf mehrere Jahre ausgelegt war und erhebliche Fördermittel – allerdings auch entsprechende Eigenleistung – implizierte).

Diskussion der Produkte des BSZ: Verbundarbeit vs. Zielgruppenspezifische Dienste

Aus der Runde wird gefragt, ob der Fokus auf den Zusatzdiensten oder auf den Verbunddatenbanken liegen soll. Aus Endnutzersicht schien die Zusammenführung aller Verbunddatenbanken attraktiv, um sozusagen einen integrierten KVK zu erhalten.

Herr Conradt und Herr Mainberger wenden ein, dass nicht die umfassende Portalfunktion, sondern die kooperative Katalogisierung die Schwierigkeit der Vereinheitlichung darstelle. Fraglich sei, ob ein Rationalisierungseffekt bei einer Zusammenführung der Verbunddatenbanken nicht durch einen erhöhten Koordinationsbedarf bei den Datendiensten in den Bibliotheken aufgehoben würde. Anhand des Beispiels GND wird von den BSZ-Mitarbeitern argumentiert, dass die Redundanz zwischen den Verbänden gemessen am notwendig verteilten Schulungsaufwand und der Anbindung der Lokalsysteme vernachlässigbar seien.

Herr Maier unterscheidet zwischen Basisdiensten, die das BSZ kostenlos für Einrichtungen im Land bereitstellt und als satzungsgemäße Aufgaben nicht zur Disposition gestellt werden können, und entgeltpflichtige Zusatzleistungen, die als Alleinstellungsmerkmale auszubauen seien.

Herr Conradt erklärt, dass in allen Verbänden (bis auf den KOBV) die Verbunddatenbanken als Kernprodukte begriffen würden, an die sich viele weitere Aufgaben anknüpfen. Aus der Sorge, mit der Verbunddatenbank nach und nach alles zu verlieren, würden weder die Verbundzentralen noch die teilnehmenden Bibliotheken diese aufgeben wollen. Stattdessen würden Kooperationen im Kleinen, wie z.B. bei der GND, angestrebt. Herr Mainberger ergänzt, dass insbesondere die Bibliotheken zu Recht eine regionale Koordination z.B. jetzt bei Ressource Discovery Systemen, nationalen Lösungen mit exponentiellem Abstimmungsbedarf vorzögen. Eine stärkere nationale Konzentration läge gerade nicht in ihrem Interesse.

Herr Conradt greift BAM auf: dieses Portal mit Objekten aus verschiedenen Sparten sei sehr populär, allerdings bedeute es für das BSZ keine nationale Perspektive, da die DDB dieses Feld besetzen wird. Regional oder für Gruppen sei das BAM weiterhin aber eine vielversprechende Option. Herr Maier zweifelt am Bedeutungsverlust von BAM, da die DDB nicht auf Erschließungsinformationen wie BAM, sondern auf Digitalisate fokussiere. Daher könne BAM seine Kompetenz in der Erschließung, Metadatenaufbereitung und in der Datenqualität einbringen. Möglicherweise liege die Zukunft von BAM wieder in einer Beschränkung auf Baden-Württemberg. Das BSZ könne sich am besten anhand der vorhandenen Kompetenzen profilieren.

Herr Maier betont, dass nach seiner Wahrnehmung der SWB ein Verbund mit sehr hoher Qualität sei und insofern die richtige Zielrichtung der Diskussion sein müsse, dass der SWB andere Verbände übernehme.

Mehrere Ausschussmitglieder mahnen an, mehr Mut zu zeigen, sich von tradierten Aufgaben zu lösen und auch die Rolle der Verbunddatenbank, so wie sie ist, nicht zu verabsolutieren. Herr Mönnich skizziert eine Idee, nach der auf einer zentral zusammengeführten Verbunddatenbank, regional die erforderlichen Schnittstellen eingerichtet werden könnten.

Dem Argument der Datenqualität wird entgegengehalten, dass in der Vergangenheit durch Einspielungen die Datenqualität auch von Verbundseite her abgesenkt wurde; außerdem würden Benutzer diese Qualität oft nicht würdigen. Herr Conradt räumt ein, dass Automatismen in der Qualitätssicherung bisher unzureichend sind, z.B. bei den Goethe-Daten werde vieles in Handarbeit umgesetzt. Mit dem Match & Merge-Verfahren des CBS-Systems seien, ergänzt Herr Mainberger, schon automatische Mechanismen im Einsatz. Allerdings müsse man auch sehen, dass die

Bibliotheken z.B. FRBRisierte Daten noch gar nicht in geeigneten Endnutzerwerkzeugen zur Geltung bringen könnten.

Herr Mainberger und Herr Maier geben außerdem zu bedenken, dass gerade neuere Ansätze wie das Semantic Web Datenqualität erfordere. „Unsaubere“ Daten könnten nicht automatisiert verarbeitet werden, dies sei vielleicht auch Entscheidern zu vermitteln. Herr Maier bestätigt, dass für das Semantic Web, z.B. in DDB und Europeana Datenqualität ein wichtiges Kriterium sei.

Eine weitere Perspektive könnte sein, bestimmte Inhalte in der Verbunddatenbank stärker zu profilieren und ihr dadurch einen spezifischen Stellenwert zu geben, der sie von Mitbewerbern abhebt. Dies könnte z.B. durch die Aufnahme von (Fach-)Bibliographien geschehen, denen gegenüber sich das BSZ offen zeigt.

Mit der Einführung von RDA würde sich eine Perspektive eröffnen, die – in definierter Weise – unterschiedliche Niveaus in der Erschließung in der Verbunddatenbank nebeneinander zulässt, was gerade für abgrenzbare Datenbestände von Vorteil wäre, da diese nicht mit hohem Aufwand auf ein u.U. nicht erforderliches Niveau gehoben werden müssten.

Die Ausschusssmitglieder sind weitgehend einig, dass die Spezialisierung und Profilierung auch um den Preis des Abschieds von bisherigen Aufgaben aktiv weiterverfolgt werden muss. Dies ist ein Prozess der genauso in den Rechenzentren des Landes bevorsteht, wie Herr Hölting bestätigt.

Um die Kommunikation mit den Rechenzentren zu verbessern, beabsichtigt Frau Dörr, einen Vertreter der Rechenzentren in den Fachausschuss zu berufen.

Neue Aufgaben:

Virtuelle Forschungsumgebungen / Forschungsdaten

Dieses explizit im Papier des WR genannte Aufgabenfeld wird unter verschiedenen Aspekten andiskutiert.

Herr Hölting könnte sich den Aufbau einer virtuellen Forschungsumgebung vorstellen, welche ohnehin überregional genutzt werden, die zentral bei der Verbundzentrale aufgebaut und gehostet und Endnutzern – unter dem passenden Label - zur Verfügung gestellt wird.

Es ist zu berücksichtigen, dass solche Instrumente stark fachlich geprägt sind; ein Dienstleister müsse die Akzeptanz der Forscher-Community erreichen, deshalb seien auch bei entsprechenden Dienstleistungen von Verbundzentralen Vermittler aus der Fachwissenschaft notwendig.

Für die nächste Sitzung soll Herr Schulze angefragt werden, ob er das Projekt BWeLabs vorstellen kann. Ergänzend könnte Frau Dörr über das Projekt BW-ESci(T) berichten. In der DFG gebe es derzeit 40 bis 50 Projekte zu virtuellen Forschungsumgebungen; auch DINI habe sich des Themas angenommen. Die Infrastruktur sei überregional und fachlich unterschiedlich ausgestaltet.

Beim Thema Forschungsdaten ist die oben angeführte Kommunikation mit den Rechenzentren unabdingbar. Dies gilt auch für das verwandte Thema digitale Langzeitarchivierung.

Forschungsdaten sind bei den Fördereinrichtungen, dem Wissenschaftsrat, den Universitäten intensiv in der Diskussion und können als wichtige Zukunftsaufgabe gewertet werden, konkrete Ansätze sind aber noch nicht verbreitet. Dies gilt auf Nachfrage z.B. auch für das KIT, das sich erst in der Vorbereitung befindet, dieses Thema strategisch anzugehen.

Herr Mainberger könnte sich auf diesem Gebiet Aufgaben einer Service-Einrichtung vorstellen. Die Provenienz von Forschungsdaten könnte hochspeziell sein, insofern lägen Aufgaben in der Identifizierung, Erschließung, Verpackung und Archivierung. Vermittelt müsse der Dienst wiederum durch die Bibliotheken sein. Herr Maier regt an, über die bloße Byte-Erhaltung hinauszudenken.

Strukturen

Das in der Diskussion angemahnte offensivere Eingehen auf die Forderungen des WR bzw. der DFG kann nicht von Strukturen bzw. Organisationsformen der Verbände getrennt werden.

Es ist festzustellen, dass das BSZ durch seine Stellung als nachgeordnete Behörde mit entsprechenden Restriktionen in der Haushaltsbewirtschaftung (vgl. Jährlichkeit) und im Stellenplan vergleichsweise wenig Spielräume hat, kurzfristig auf Entwicklungen eingehen zu können.

Ob ein Eigenbetrieb besser gestellt sei, wird von Herrn Maier mit Verweis auf die Museen allerdings bezweifelt.

Zur Personalfrage erklärt Herr Conradt, dass Experten nur in den vorhandenen Arbeitsgebieten vorhanden seien; Personal für neue Themen sei schwer zu gewinnen oder freizustellen. Den geringen Entwickleranteil erklärt Herr Conradt damit, dass das BSZ als Schwerpunkte Verbundsystem und Museen und Archive mit entsprechendem Personaleinsatz habe; beim viel kleineren KOBV machen wenige Entwickler einen vergleichsweise höheren Anteil aus.

Herr Hölting erkundigt sich, ob in den nächsten fünf Jahren genügend Personalstellen frei würden, dass eine Richtungsänderung möglich sei. Herr Conradt verneint dies: Mit einem größeren Umbruch sei erst in zehn Jahren zu rechnen.

Frau Dörr fasst schließlich zusammen: Der Fachausschuss wird sich in den nächsten Sitzungen mit folgenden Themen befassen, die bereits mit den anderen Fachausschüssen abgestimmt sind: Strukturüberlegungen BSZ (finanzieller, organisatorischer Rahmen); Rolle des BSZ zwischen Rechenzentren und IT-Dienstleistern in den Landesinfrastrukturen und darüber hinaus im nationalen Rahmen sowie Frage nach Dienstleistungen auf den Gebieten Forschungsumgebungen /Forschungsdaten und Langzeitarchivierung.

In der nächsten Sitzung steht das Thema Forschungsumgebung /Forschungsdaten mit Impulsreferaten aus Stuttgart und Tübingen sowie die Befassung mit weiteren Papieren des Wissenschaftsrats im Mittelpunkt.

Herr Conradt regt eine Ergänzung des Fachausschusses um Vertreter aus Sachsen an. Frau Dörr wird Kontakt aufnehmen.

Ein nächster Termin wird Ende Juni, Anfang Juli per Doodle bestimmt, ein weiterer Mitte September.

[inzwischen erfolgt: Mi, 13. Juli, 10.30 BSZ Stuttgart]